Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Faeser erinnert das Geheimtreffen der AfD an „Wannseekonferenz“
2. Bundesweit demonstrieren wieder Zehntausende gegen rechts
3. WSI: Das Umfragehoch der AFD – Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel
4. „La-Ola-Affäre“ bei der Berliner Feuerwehr: „Händeringend wird ein Vergehen konstruiert“
5. Um den Krieg in der Ukraine zu beenden, muss man seine Hauptlüge entlarven
6. NATO: Wir bereiten uns auf einen Krieg mit Russland vor
7. BIP-Aktuell #288: Deutschland hat selbst Völkermord begangen und verteidigt Israel jetzt in Den Haag
8. Netanyahu will ein Israel vom Jordan bis zum Mittelmeer*
9. Wie meine Großmutter vor 75 Jahren lebe ich jetzt in einem Zelt im Gazastreifen
10. Habeck sagt »anhaltende Schwächephase« voraus
11. Deutschlands einziges Siliziumwerk in Pocking steht weiter still
12. Das Weltwirtschaftsforum und die “Elite” der Welt
13. Davos: Superreiche wollen mehr Steuern zahlen
14. Bundesbank skizziert Szenarien zur Zukunft des Bargelds
15. Bekannte Marken beziehen Milch aus Qual-Haltung

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Faeser erinnert das Geheimtreffen der AfD an „Wannseekonferenz“**
   Bundesinnenministerin Nancy Faeser fühlt sich durch das kürzlich bekannt gewordene Treffen von Rechtsradikalen in Potsdam an die Wannseekonferenz der

Nationalsozialisten erinnert. „Das weckt unwillkürlich Erinnerungen an die furchtbare Wannseekonferenz“, sagte die SPD-Politikerin der Funke Mediengruppe. Sie wolle beides nicht miteinander gleichsetzen. „Aber was hinter harmlos klingenden Begriffen wie „Remigration“ versteckt wird, ist die Vorstellung, Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer politischen Haltung massenhaft zu vertreiben und zu deportieren.“
Quelle: Welt Online

Anmerkung J.K.: *Wie kann man staatlich organisierten Massenmord mit einem privaten Treffen unbedeutender rechter Politiker und Aktivisten gleichsetzen? Es ist völlig irrsinnig, dass derartige maßlose Vergleiche unwidersprochen bleiben.*

2. **Bundesweit demonstrieren wieder Zehntausende gegen rechts**
Bundesweit haben auch am Freitag Zehntausende gegen Rechtsextremismus und Rassismus protestiert. In Münster folgten etwa 20.000 Menschen dem Demo-Aufruf. Die Polizei sperrte den Domplatz schließlich wegen Überfüllung. Auch in anderen Städten Nordrhein-Westfalens, etwa in Bochum, waren mehr als 10.000 Menschen unterwegs.
Quelle: tagesschau

Anmerkung J.K.: *Für sichere Renten, bezahlbaren Wohnraum, ein gutes Gesundheitssystem, ein gut finanziertes Bildungssystem, gute öffentliche Infrastruktur, ein gerechtes Steuersystem, für eine am Gemeinwohl orientierte Politik demonstriert niemand, stattdessen laufen Zehntausende hohlen Phrasen hinterher und machen sich zu Statisten einer Propagandainszenierung der Ampelregierung.*

dazu auch: **Fast die Hälfe aller Rentner in Deutschland hat monatlich unter 1250 Euro**
Knapp die Hälfte der deutschen Rentnerinnen und Rentner hat ein Nettoeinkommen von weniger als 1250 Euro im Monat. Das zeigen neue Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf Anfrage des Linken-Abgeordneten Dietmar Bartsch, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegen. Auf weniger als 1000 Euro kommt demnach etwa jeder vierte Rentenempfänger. Besonders betroffen sind dabei Frauen.
Quelle: RND

Anmerkung Christian Reimann: *Wo bleibt der Protest gegen solche Zustände im angeblich besten Deutschland, das es jemals gab Wäre ein Protest gegen zunehmende Altersarmut nicht viel sinnvoller als ein Protest gegen die AfD?*

und: **Aufruhr im Stillstand: Demonstrationen in der BRD**
Es ist beachtlich und gut, wenn Hunderttausende gegen faschistische Planspiele und Größenwahn auf die Straßen gehen. Ob es beachtet wird – von Wählern, Parteien oder Wirtschaftskapitänen – ist offen, und viel spricht nicht dafür. Unverändert liegt die AfD am Sonntag in den meisten Umfragen bei 22 Prozent der Stimmen, die Koalitionsparteien kommen auf gerade ein Drittel, CDU und CSU auch. Die Regierung probiert es dennoch mit »Augen zu« – offenbar auch viele Demonstranten: Klar, es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen den Deportationsphantasien, die in der AfD, aber auch in CDU/CSU und Werteunion seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten immer wieder aufflackern, und dem, was SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei der Migrantenbekämpfung durchsetzen. Aber das am Donnerstag von ihnen beschlossene Gesetz, mit dem Abschiebungen beschleunigt und erweitert werden sollen, zielt auch auf die »Remigration« von immerhin rund 300.000 Menschen. Viel mehr verlangt die AfD öffentlich auch nicht, etwas anderes will Björn Höcke auch nicht gemeint haben, als er »wohltemperierte Grausamkeit« bei staatlicher Menschenjagd und Rauswurf ins Spiel brachte. Ihm ist nicht zu trauen? Dafür dem Abschieber »im großen Stil« Olaf Scholz?
Quelle: Arnold Schölzel in junge Welt

3. **WSI: Das Umfragehoch der AFD – Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel**
   Es zeigt sich, dass die AfD zuletzt auch Wählendengruppen ansprach, die sie bisher kaum erreichen konnte und die sich von etablierteren AfD-Wählenden unterscheiden. AfD-Wählende zeigen sich jedoch einheitlich als hochbelastet, misstrauisch und hochbesorgt. Die Zuwanderungsbegrenzung scheint das einende Thema zu sein, mit dem auch neu hinzugekommene Wählendengruppen angesprochen werden, die sonstige AfD-Positionen weniger stark teilen und auch bisher noch kein allzu großes Vertrauen in die AfD aufgebaut haben. (…)
   Die hier dargestellten Analysen anhand des WSI- Erwerbspersonenpanels bringen zahlreiche Befunde zu den aktuellen AfD-Wählenden hervor und offenbaren einige bemerkenswerte Entwicklungen in der betrachteten Zeitspanne zwischen 2020 und 2023. Im Folgenden werden sie nochmals in vier Schritten zusammengefasst und diskutiert.
   Quelle: gewerkschaftsforum.de
4. **„La-Ola-Affäre“ bei der Berliner Feuerwehr: „Händeringend wird ein Vergehen konstruiert“**
   Nachdem ein Berliner Feuerwehrmann protestierenden Bauern zugewinkt hat, versucht die Leitung der Feuerwehr ihre Mitarbeiter auf Linie zu bringen.

„Feuerwehrangehörige stehen im besonderen Fokus der Öffentlichkeit – umsichtiges Handeln ist daher besonders wichtig“, heißt es in einem von der Behördenleitung verschickten internen Rundschreiben.
Wie berichtet, kursiert in Chatgruppen von Mitarbeitern ein Video. Darauf ist zu sehen, wie am vergangenen Sonntagabend Traktoren über die Rödernallee in Reinickendorf rollen. Sie kommen an der Feuerwache Wittenau vorbei, deren Rolltore geöffnet sind. Aus der Fahrzeughalle klingen Martinshörner. Ein Feuerwehrmann tritt heraus, jubelt den Treckerfahrern zu und deutet eine La-Ola-Welle an. Das ist aus Sicht der Behördenleitung ein Verstoß gegen das Mäßigungsgebot für Beamte, die sich in Uniform beziehungsweise Dienstkleidung nicht politisch betätigen dürfen.
Quelle: Berliner Zeitung

5. **Um den Krieg in der Ukraine zu beenden, muss man seine Hauptlüge entlarven**
   Das Hauptargument, das verwendet wird, um Verhandlungen zu vermeiden und den Krieg in der Ukraine weiterhin zu unterstützen, basiert auf einer Unwahrheit. Diese von Präsident Joe Biden wiederholte Unwahrheit besagt, dass Wladimir Putin, als er den Einmarsch beschlossen hat, die gesamte Ukraine erobern und “vernichten” wollte. Diese Unwahrheit wurde mehrfach von Militärexperten entlarvt, die sowohl vor als auch nach der Invasion darauf hingewiesen haben, dass Russland nicht die Absicht gehabt haben kann, die gesamte Ukraine zu erobern, weil es nicht mit ausreichenden Streitkräften einmarschiert ist, um dies zu tun. Dies war einer der Hauptgründe, warum hochrangige ukrainische Beamte und sogar Präsident Wolodymyr Zelenskij selbst nur wenige Tage vor dem Einmarsch behaupteten, dass dieser nicht stattfinden würde.
   Quelle: Ted Snider und Nicolai N. Petro in Seniora.org

   dazu: **Kriegspropaganda: War der Kriegseintritt Russlands wirklich ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg?**
   Das Hauptargument für die gegenwärtige aktive Beteiligung der NATO am Ukraine-Krieg – durch Finanzierung, Waffen, Geheimdienstinformationen, militärische Unterstützung und militärische Ausbildung – ist, dass es sich um einen „unprovozierten Angriffskrieg Russlands“ gehandelt habe. Was ist nach dem Völkerrecht ein Angriffskrieg? Und was waren die genauen Umstände des russischen Kriegseintritts am 24. Februar 2022? Diese Fragen sind unendlich wichtig. Es ist deshalb sehr wichtig, hier genau hinzusehen, denn wenn es kein völkerrechtswidriger Angriffskrieg war, dann fällt die gesamte westliche Kriegspropaganda wie ein Kartenhaus zusammen.

Quelle: Globalbridge

6. **NATO: Wir bereiten uns auf einen Krieg mit Russland vor**
   Derzeit unterliege die Tektonik der internationalen Machtverhältnisse bedeutende Veränderungen, erklärte Admiral Rob Bauer in seiner Rede zur Sitzung des NATO-Sicherheitsausschusses am Mittwoch. Es handle sich um die gefährlichste Sicherheitslage seit Jahrzehnten. Der frühere Befehlshaber der niederländischen Streitkräfte ist aktueller Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.
   Auf dem NATO-Gipfel im Juli in Vilnius habe das westliche Militärbündnis bereits die "umfassendsten Verteidigungspläne seit Ende des Kalten Krieges" beschlossen. Dazu gehöre auch ein weiterer Kapazitätsaufbau und eine Neuanpassung der Kommandostrukturen.
   Quelle: RT DE

   dazu: **"36 Stunden Überleben" – NATO-Admiral ruft Zivilisten zur Kriegsvorsorge auf**
   Ein hochrangiger NATO-Militärbeamter hat am Mittwoch die öffentlichen und privaten Akteure im Westen aufgefordert, sich auf eine Ära vorzubereiten, in der jederzeit alles passieren kann, einschließlich der Führung eines Krieges.
   "Ich sage nicht, dass uns morgen bereits das Schlimmste erwartet. Aber wir müssen erkennen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass wir in Frieden leben", sagte der Chef des Militärausschusses der Allianz, der niederländische Admiral Rob Bauer, bei der Eröffnung eines zweitägigen Treffens der nationalen Verteidigungschefs in Brüssel.
   Quelle: RT DE

   Anmerkung Christian Reimann: *Wahnsinn! Zuerst wird die hiesige Bevölkerung dazu aufgerufen, kriegstüchtig zu werden – und nun folgen die Vorbereitungen der gesamten NATO für einen Krieg gegen die Atommacht Russland. Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut:*

   a. *Die SPD wurde auch beim zentralen Thema Frieden von den Füßen auf den Kopf gestellt*
   b. *„Kriegstüchtigkeit": Medien, Politiker und „Experten" wie im Rausch*

   Gibt es dagegen Proteste? Bisher jedenfalls nicht. Dabei wären sie nun dringend nötig und wichtig!

7. **BIP-Aktuell #288: Deutschland hat selbst Völkermord begangen und**

verteidigt Israel jetzt in Den Haag
Deutschland hat sich mit seiner Entscheidung, die Verbrechen Israels zu verteidigen, diplomatisch isoliert. Die Regierung von Namibia hat das deutsche moralische Versagen scharf kritisiert. Der namibische Präsident Hage Geingob sagte, dass "Berlin nicht in der Lage ist, Lehren aus seiner schrecklichen Geschichte zu ziehen" und bezog sich dabei auf den von Deutschland in Namibia begangenen Völkermord an den Herero und Nama. Der deutsche Völkermord von 1904-1908 wurde als Racheakt an den Ureinwohnern gerechtfertigt, die sich gegen die deutsche Siedlerkolonialherrschaft in ihrem Land aufgelehnt hatten.
Stefan Talmon, Prof. für Internationales Völkerrecht an der Universität Bonn, schrieb, dass „Deutschlands überstürzte Ankündigung, in der Völkermordklage von Südafrika gegen Israel vor dem IGH zu intervenieren, politisch unklug (war), respektlos gegenüber dem Gerichtshof und – angesichts der deutschen Intervention in der Sache Gambia gegen Myanmar – rechtlich problematisch und (zeugt) von Doppelmoral." Dr. Matthias Goldmann, Forscher am Max- Planck- Institut für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht hat die Haltung der deutschen Regierung angesichts der "unbestreitbaren" Aufforderung zum Völkermord durch die israelische Regierung ebenfalls kritisiert.
Quelle: BIP e.V.

8. **Netanyahu will ein Israel vom Jordan bis zum Mittelmeer***
Jetzt sind es nicht nur seine Minister, sondern auch Netanyahu, der einem palästinensischem Staat eine endgültige Absage erteilt.
Das überschuldete Ägypten ist erpressbar. Je länger die humanitäre Katastrophe in Gaza anhält, desto grösser wird der Druck, die Grenzen zu öffnen. Dann kommt Israel dem jetzt offiziellen Ziel näher, ein Grossisrael vom Mittelmeer bis zum Jordan zu errichten.
Am Abend des 18. Januar machte Netanyahu an einer von Medien direkt übertragenen Pressekonferenz klar, dass es nach seinem Willen nie einen souveränen palästinensischen Staat geben werde. Er fügte an: «Israel muss die Sicherheitskontrolle über das gesamte Gebiet westlich des Jordans erlangen.» Er bezog sich auf das historische Palästina, zu dem das Westjordanland und der Gazastreifen gehören, von denen die Palästinenser hoffen, dass sie eines Tages zu ihrem unabhängigen Staat werden.
Quelle: Infosperber

dazu: **EU-Außenbeauftragter: Palästinenserstaat von außen aufzwingen**
Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte jedoch erst am Vortag erneut einen palästinensischen Staat neben Israel nach Ende des Gaza-Krieges abgelehnt. Mit

Blick auf eine Zweistaatenlösung, die auch die USA fordern, sagte Netanjahu am Donnerstag: “Israels Ministerpräsident muss imstande sein, auch “nein” zu sagen, wenn es nötig ist, selbst zu unseren besten Freunden.”
Borrell betonte jedoch, Israelis und Palästinenser seien nicht mehr zu einem Kompromiss fähig.
Quelle: Ariva.de

Anmerkung unseres Lesers M.K.: *Der EU-Außenbeauftragte fordert eine Zweistaatenlösung auch gegen den Willen Israels zwangsweise durchzusetzen! Sieht unsere Regierung das auch so?*

9. **Wie meine Großmutter vor 75 Jahren lebe ich jetzt in einem Zelt im Gazastreifen**
   Vor fünfundsiebzig Jahren wurden meine Großeltern gezwungen, ihr Dorf Majdal am Westufer des Kinneret-Sees zu verlassen. Sie wurden Flüchtlinge im Gazastreifen, und meine Großmutter erzählte mir von dem Schmerz, das Dorf zu verlassen, und von dem harten Winter, den sie in jenem Jahr im Gazastreifen in einem Zelt erlebten, das sie mit meinem Großvater und seinen Schwestern teilte. Sie erzählte mir von ihrer Sehnsucht nach Majdal, nach dem Leben, das sie hatte und das nicht mehr existiert. Jetzt, wo ich mit meiner Familie in einem Zelt aus Plastik und Stoff im südlichen Gazastreifen lebe, muss ich immer wieder an sie denken.
   Quelle: Olfat al-Kurd in Antikrieg
10. **Habeck sagt »anhaltende Schwächephase« voraus**
    Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) rechnet für die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren nur noch mit mageren Wachstumsraten. Das geht aus dem Entwurf des neuen Jahreswirtschaftsberichts hervor, der dem SPIEGEL vorliegt. Vor dem Hintergrund des beschleunigten demografischen Wandels, vernachlässigter Standortfaktoren sowie einer durch geopolitische Gefahren geprägten Weltwirtschaft »besteht das Risiko einer anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase«, heißt es in dem Entwurf.
    Die Herausforderungen sprächen »für ein Szenario mit auf absehbare Zeit niedrigem Wirtschaftswachstum«. Für die Jahre bis 2028 rechnet die Bundesregierung laut Entwurf nur noch mit einem jährlichen Potenzialwachstum von 0,6 bis 0,8 Prozent. Allein der verstärkte Übergang der Babyboomer in die Rente koste Deutschland in der nächsten Dekade jedes Jahr 0,5 Prozentpunkte beim Wachstum.
    Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut Deutschland ist Schlusslicht bei IWF-Konjunkturprognose und Robert Habeck sieht*

den Wald vor lauter Bäumen nicht und *Habeck zu Rezession: Russisches Gas war Wettbewerbsvorteil für Deutschland* mit einer Anmerkung.

dazu: **New York Times: „Die Wirtschaft in Deutschland steht still"**
Die Probleme der deutschen Wirtschaft werden mit wachsender Konkurrenz international, einer steigenden Bürokratie und einer geringen Flexibilität im Inland erklärt. „Deutschlands Autohersteller müssen heute mit vergleichsweise billigen Elektroautos aus China konkurrieren. Außerdem existiert ein wachsender Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten um die Ansiedlung von Tech-Giganten. Es wächst die Erkenntnis, dass es Deutschland nicht gelungen ist, seine Industrie mit ausreichender Flexibilität und digitalem Know-how auf den neuesten Stand zu bringen, um wettbewerbsfähig zu bleiben."
Der Text deutet an, dass durch die Budget-Krise, ausgelöst durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Deutschland notwendige Investitionen zurückschrauben müsse. In der Gruppe der G20 könnte Deutschland mit Argentinien einen der letzten Plätze mit Blick auf das Wirtschaftswachstum belegen.
Quelle: Berliner Zeitung

11. **Deutschlands einziges Siliziumwerk in Pocking steht weiter still**
In Pocking im Kreis Passau sitzt der bundesweit einzige Silizium-Hersteller, doch produziert wird dort wegen der hohen Strompreise derzeit nichts. Aktuell könne die Firma nicht mit den Weltmarktpreisen mithalten, heißt es. (…)
Das Unternehmen in Pocking ist nach eigenen Angaben Deutschlands einziger Hersteller von metallurgischem Silizium und verarbeitet Quarz aus dem Bayerischen Wald, Tschechien und Österreich.
Silizium wird aus Quarz durch Zuführung von Energie und Kohlenstoff gewonnen und ist für die Herstellung von Photovoltaikanlagen und Mikrochips wichtig. Die Jahresproduktion betrug in der Vergangenheit rund 30.000 Tonnen. (…)
Für eine Tonne Silizium sind etwa 15.000 Kilowattstunden Strom notwendig. Durch die höheren Strompreise von etwa 50 Cent pro Kilowattstunde wäre das Unternehmen auf einen Herstellungspreis von rund 11.000 Euro pro Tonne gekommen.
Der derzeitige Marktpreis liegt aber nach Unternehmensangaben bei etwa 3.700 Euro pro Tonne, weil Silizium in Ländern wie China wesentlich billiger produziert werden kann. Größter Abnehmer des Siliziums aus Pocking war bisher Wacker Chemie in Burghausen.
Quelle: BR24
12. **Das Weltwirtschaftsforum und die "Elite" der Welt**
Ist das Weltwirtschaftsforum (WWF) tatsächlich eine Kombination aus kapitalistischer

Beratungsfirma und gigantischer Lobby? Der Schriftsteller Wolfgang Bittner wirft einen sezierenden Blick auf dieses Konstrukt und dessen Bestrebungen, eine globalisierte, privatrechtliche, nicht demokratische Weltordnung zu schaffen. (…) Besonders deutlich werden Zielsetzung und die Macht des WEF, wenn man sieht, wer sich in welcher Weise am WEF beteiligt. Es sind etwa 1.000 Mitgliedsunternehmen mit einem Umsatz von jeweils über 5 Milliarden US-Dollar, darunter die wichtigsten Unternehmen ihrer Branche, die auch politisch eine Rolle spielen.
Quelle: Wolfgang Bittner in RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Werden die Gegner der liberalen Demokratie entgegen der Annahme von Bundesminister Habeck nicht von Putin, sondern vielleicht vom WEF bezahlt? Unser Weg in die digitale Diktatur wird jedenfalls insbesondere begleitet von Olaf Scholz – ein Bilderberger und Annalena Baerbock – promotet by WEF. Nicht erwerbslose Bürgerinnen und Bürger, sondern insbesondere die fünf reichsten Männer und etliche Mitglieder des WEF führen das süße Leben DER SOZIAL-SCHMAROTZER.*

13. **Davos: Superreiche wollen mehr Steuern zahlen**
"Wir sind überrascht, dass Sie es nicht schaffen, uns eine einfache Frage zu beantworten, die wir Ihnen schon seit drei Jahren stellen: Wann werden Sie extremen Reichtum besteuern?" Die Frage stammt von den Teilnehmern der Online-Kampagne "Proud to pay more" – und sie richtet sich an die führenden Staats- und Regierungschefs auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. […]
Doch die politische Umsetzung ist gar nicht so einfach. "Die Unterzeichner der Petition in Davos sind vor allem Erben, die nicht aktiv ein Unternehmen führen und sich deshalb unwohl fühlen mit dem großen Reichtum, den sie sich nicht selbst aufgebaut haben", erklärt Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. "Das sind eher einzelne Stimmen." (…)
Dabei, sagt Bach, sei es schon möglich, mit einem Mix aus Steuererhöhungen zusätzliche Gelder für die Staatskassen zu generieren, ohne dass größere wirtschaftliche Schäden entstehen. "Aber das sollte man am besten international abgestimmt machen", so der Steuerexperte. Und tatsächlich hatte es im Jahr 2021 bereits erste Erfolge gegeben, um die Steuerflucht großer Konzerne einzudämmen.
Quelle: DW

Anmerkung Christian Reimann: *Kaum wagen sich mal wieder ein paar Superreiche mit ihrer Forderung an die breitere Öffentlichkeit, tauchen auch die Bedenkenträger auf, um z.B. darauf hinzuweisen, dass Steuererhöhungen „am besten international abgestimmt" erfolgen sollten. Das erschwert jedoch die generelle Einführung auf*

nationaler Ebene.

14. **Bundesbank skizziert Szenarien zur Zukunft des Bargelds**
Wie die Bezahlwelt der Zukunft aussieht und welche Rolle dabei Bargeld noch spielt, hat die Bundesbank in einer Studie untersucht. Die Studie spielt drei Zukunftsszenarien für das Jahr 2037 durch – von einer nahezu bargeldlosen Gesellschaft bis hin zur Rückbesinnung auf Münze und Schein. "Wir wollten eine Vorstellung davon erhalten, in welchem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld Bargeld zukünftig eingebettet ist, um daraus Handlungsoptionen ableiten zu können", sagte Bundesbankvorstand Burkhard Balz. Das solle einen Beitrag zu den richtigen Weichenstellungen leisten, "damit Bargeld auch künftig ein attraktives, allgemein verfügbares und akzeptiertes Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel ist". (…)
Eine repräsentative Umfrage, die Teil der Studie ist, habe jedoch ergeben, dass 93 Prozent der Befragten auch in Zukunft selbst entscheiden möchten, ob sie bar oder unbar bezahlen.
Quelle: Heise Online
15. **Bekannte Marken beziehen Milch aus Qual-Haltung**
Kühe, angekettet auf engem Raum, teils wundgescheuert und mit Fäkalien verkrustet. Verdreckte Ställe, schimmelige Melkräume. Das Bildmaterial der investigativen Recherche von Soko Tierschutz und foodwatch zeigt tierschutzwidrige Zustände. Es belegt: Milch aus Anbindehaltung landet auch in Produkten bekannter Firmen und Marken wie Exquisa, Miree, Weihenstephan, Minus L und Andechser Natur.
Die Aufnahmen entsprechen so gar nicht den idyllischen Bildern, mit denen die Hersteller für ihre Produkte werben. foodwatch fordert: Die Firmen dürfen keine Milch mehr aus Anbindehaltung verarbeiten. Und auch die Bundesregierung muss die tierquälerische Praxis endlich verbieten! (…)
Etwa jeder dritte Milchviehbetrieb in Deutschland hält seine Kühe in Anbindehaltung. Betroffen sind insgesamt mehr als eine Million Milchkühe, Bullen und auch junge Rinder in der Mast. Oft sind die Tiere das ganze Jahr über im Stall fixiert.
Quelle: foodwatch